

Stadt Finsterwalde NL.

Schloßstraße 7/8
03238 Finsterwalde



Beschlussvorlage

BV-2010-002-1

öffentlich

Städtebaulicher Vertrag für das Vorhaben "Solarpark Finsterwalde II und III" (Naturschutzrechtliche Ausgleichs- und Vermeidungsmaßnahmen (Mutterkuh-Agrar-GmbH))

Einreicher: Bürgermeister	11.10.2016
Amt / Aktenzeichen: FB Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr / 60	Bearbeiter: Frau Stoislow

Beratungsfolge

Datum der Sitzung	Gremium	Anw.	Ja	Nein	Enth.
08.11.2016	Ausschuss Wirtschaft Umwelt Bauen				
10.11.2016	Hauptausschuss				
23.11.2016	Stadtverordnetenversammlung				

Beschlussvorschlag

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 28 Abs. 2 Ziffer 9 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I/07, [Nr. 19], S.286), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 10. Juli 2014 (GVBl. I/14, [Nr. 32]) i. V. m. § 11 (1) Nr. 1 Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722) die 1. Änderung des am 24.02.2010 (BV 2010-002) beschlossenen städtebaulichen Vertrages zu den naturschutzrechtlichen Ausgleichs- und Vermeidungsmaßnahmen auf Grundstücken der Mutterkuh-Agrar-GmbH.

Sachverhalt

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 24.02.2010 (BV-2010-002) den Abschluss des städtebaulichen Vertrages zur Sicherung der naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen für die Solarparks II und III mit einer Laufzeit von 22 Jahren (1 Jahr Bau, 20 Jahre Betrieb, 1 Jahr Rückbau) beschlossen.

Die Vorhabenträger haben mit Schreiben vom 01.02.2016 nachgefragt, ob eine Möglichkeit besteht, ihnen die Einräumung von 2 Verlängerungsoptionen von jeweils 5 Jahren zu gewähren. Sie begründen es damit, die Möglichkeit zu bekommen, die Solarparks für länger als 20 Jahre betreiben zu können. Da sie jedoch noch nicht wissen, ob ein Betrieb länger als 20 Jahre wirtschaftlich sein wird, möchten sie die Verlängerung gerne als Option eingeräumt bekommen. Sie weisen auch darauf hin, dass die privatrechtlichen Pachtverträge bereits einen Betrieb von 20 Jahren erlauben und Verlängerungsoptionen von 2 x 5 Jahren gewähren. Sie sind deshalb sehr daran interessiert, die städtebaulichen Verträge in Übereinstimmung mit den privatrechtlichen Pachtverträgen zu bringen.

Eine tatsächliche Verlängerung, wie sie in § 12 des städtebaulichen Vertrags als Option enthalten ist, wird mit der Vertragsänderung nicht angestrebt. Den Vorhabenträgern wird lediglich das einseitige Recht eingeräumt, jeweils ein halbes Jahr nach Auslauf der Vertragszeit (6 Monate vor dem 31.12.2030 und 6 Monate vor dem 23.12.2035) von der eingeräumten Option zur 2-maligen Verlängerung Gebrauch zu machen.

Das durch die mögliche Verlängerung der Laufzeit erforderliche neue Sicherheitsbedürfnis für die Durchführung der naturschutzrechtlichen Maßnahmen wurde ermittelt und auch in den im sachlichen Zusammenhang stehenden Änderungsvertrag (2010-003-1) eingearbeitet.

Die aufgrund der eventuell erfolgenden verlängerten Laufzeit notwendigen Sicherheiten sind 14 Tage nach Ausübung der jeweiligen Verlängerungsoption durch die Vorhabenträger zu übergeben.

Die Zustimmungen und Genehmigungen der anderen Vertragspartner (NABU-Stiftung, Mutterkuh-Agrar-GmbH) und der sonstigen Beteiligten (LMBV, untere Naturschutzbehörde, Land Brandenburg) zu einer möglichen Verlängerung der Betriebszeit der „Solarparks Finsterwalde II und III“ liegen vor.

Zudem hat infolge einer Rechtsnachfolgerschaft eine Umfirmierung stattgefunden, die mit vorliegender Vertragsergänzung ebenso dokumentiert werden soll. Es wird vorgeschlagen, den Abschluss der 1. Änderung des städtebaulichen Vertrages zu beschließen.

Anmerkung:

Aufgrund des § 22 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg haben folgende Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung weder beratend noch entscheidend mitgewirkt:

Anlagen

- 1 Vertragsentwurf
- 2 Übersichtsplan zur Lage des Plangebietes
- 3 Zustimmungen der Vertragspartner und sonstigen Beteiligten für Abgeordnete
- 4 Vertrag 002/2010 für Abgeordnete im Ratsinformationssystem abrufbar (ohne Anlagen)